



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

3. März 2015

Liebe Leserin, lieber Leser,

den Frauentags-Empfang der SPD-Fraktion eröffnete SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann vergangene Woche mit den Worten: **"Der Internationale Frauentag am 8. März 2015 wird ein historischer sein, denn er ist der letzte Frauentag ohne Frauenquote"**. In der Tat: Über 100 Jahre ist es her, dass Sozialdemokratinnen in Deutschland den ersten Frauentag feierten. Damals kämpften diese engagierten Frauen vor allem für politische Teilhabe und das Frauenwahlrecht. Seit bald 20 Jahren kämpfen Sozialdemokratinnen für eine Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten. Am kommenden Freitag wird das "Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst" nun in abschließender Lesung im Bundestag beraten. Es könnte kaum einen passenderen Zeitpunkt dafür geben, als einen Tag vor dem internationalen Frauentag.

+++ Internationaler Frauentag +++

Kreativ-Aktion am Luisenplatz

Am 8. März ist der Internationale Frauentag. **Am Samstag, den 7. März, finden in der Innenstadt Kreativ-Aktionen unter dem Motto „Frauenleben sichtbar machen!“ statt.** Durch Darstellungen und Statements der Darmstädter Frauenorganisationen soll unter Einbindung der Passantinnen und Passanten sichtbar gemacht werden, wie weit Frauen gekommen sind, welche Themen sie haben und wo sie noch hinwollen.

Wann und Wo? Samstag, den 7. März, von 14.00 -17.00 Uhr, auf dem Luisenplatz, Darmstadt.

Ob wir wirklich eine Quote „brauchen“ - an der Frage scheiden sich die Geister, nicht nur in der Koalition. Auch die AsF, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, hatte sich lange gegen Quoten und Extraregelungen innerhalb der Partei gewehrt. **Solche „Extrawürste“ schienen ja ein Widerspruch zu der erstrebten Gleichberechtigung von Mann und Frau zu sein. Letztlich führte die SPD 1988 - beim Parteitag in Münster - dennoch die Frauenquote ein. Schrittweise werden seither alle Parteiämter und Mandate zu mindestens 40 % mit Frauen besetzt.** Das war damals eine echte Revolution, aber heute kann man sagen: Diese Quote war nötig und sie war auch erfolgreich! Die 40%-Quote haben wir heute im Parteivorstand und in der Bundestagsfraktion erfüllt - das nächste Ziel ist die 50%-Quote. Sie wird bei verschiedenen Listenaufstellungen bereits berücksichtigt. **Aus dieser Erfahrung muss ich sagen: Wenn es ohne nicht geht, dann her mit der Quote!**

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

Euse / Ihre Brigitta Zypries



+++ Kunstausstellung +++

Zwischen Aufklärung und Romantik

Nach siebenjähriger Grundsanierung hat das Hessische Landesmuseum Darmstadt seit vergangenen Herbst wieder geöffnet. Ab Mitte März ist dort die Ausstellung „Zwischen Aufklärung und Romantik“ zu sehen. Der größte Teil der ausgestellten Exponate wurde bereits zu deren Entstehungszeit – also zeitgenössisch – erworben. Welche Gründe gab es dafür? Worin bestand die Qualität dieser Werke? Inwiefern spiegeln sich darin die Auseinandersetzungen der Zeit? Wie ist ihr Verhältnis zur Geschichte?

Begeben Sie sich auf eine Zeitreise in die hessische Kunstgeschichte vom 13. März bis 14. Juni 2015 im Hessischen Landesmuseum Darmstadt, Friedensplatz 1, 64283 Darmstadt.

Rettingsprogramm für Griechenland verlängert - Bundestag stimmt mit großer Mehrheit zu

Die Parlamentswahlen in Griechenland vom 25. Januar hatten noch nicht mal stattgefunden, da wurde er bereits herbeigeredet: Der "Grexit" – der Austritt Griechenlands aus dem Euro. Der Grexit ist - teils gefürchtet, teils gefordert - bisher nur Gerede geblieben. **Vergangenen Freitag stimmte der Bundestag in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit für eine Verlängerung des laufenden Hilfsprogramms für Griechenland um weitere vier Monate. 542 Abgeordnete stimmten dem Antrag zu, 32 votierten mit Nein, 13 enthielten sich.** Auch ich habe für die Verlängerung des Hilfspakets gestimmt. Den sehr lesenswerten Antrag von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble finden Sie [hier](#).

Für mich ist die Verlängerung der Kreditlinie für Griechenland ein Zeichen der Solidarität und des Zusammenhaltes in Europa. Sicher hat das hitzköpfige Hin und Her der Regierung Tsipras in Brüssel wie in Berlin im letzten Monat für Bauchschmerzen gesorgt und zu Vertrauensverlusten geführt. Entscheidend ist aber, dass trotz schwieriger Verhandlungen letztendlich eine Einigung erzielt wurde, mit der alle Beteiligten leben können. Das ist es doch, wofür die Europäische Union steht – die Erarbeitung gemeinsamer Lösungen unter den Mitgliedstaaten. **Der „Grexit“ war aus Sicht der SPD-Fraktion nie eine anstrebenswerte Option - nicht nur aus ökonomischer Sicht. Mit der Ukraine-Krise findet ein bewaffneter Konflikt mitten in Europa statt – ein enges Zusammenstehen der Mitgliedstaaten der EU ist die beste Antwort auf diesen Konflikt!**

Wie es weitergeht - das liegt nun in der Hand der griechischen Regierung. Ihr muss klar sein, dass auch Solidarität irgendwann erschöpft ist und Vertrauen auch versiegen kann. Sie hat sich verbindlich zu konkreten Reformschritten verpflichtet. Dazu gehören zum Beispiel die Etablierung einer effizienten Steuerverwaltung, ein funktionierendes Grundbuchwesen und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. **Entscheidend ist, dass diese Reformen entschlossen umgesetzt werden - darauf werden wir hier in Deutschland ein scharfes Auge haben.** Griechenland muss alle Anstrengungen unternehmen, damit mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen kann. Nur so können die großen sozialen Verwerfungen, die die griechische Gesellschaft derzeit prägen, überwunden werden. Weitere Informationen der Bundesregierung zu den Hilfspaketen für Griechenland finden Sie [hier](#). Was bedeutet eigentlich Grexit? - das wird [hier](#) sehr anschaulich in einem Video erklärt.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker*

Mietpreisbremse und Bestellerprinzip – Abschließende Beratung im Bundestag

Viele haben die angespannte Wohnsituation und das Problem steigender Mieten in Ballungszentren schon persönlich zu spüren bekommen - auch Darmstadt ist von dieser Entwicklung betroffen: Die Mieten sind in den letzten 7 Jahren um rund 4 % pro Jahr gestiegen, der Durchschnittsquadratmeterpreis liegt bei etwa 8 Euro. **Damit gehört Darmstadt zu den 30 teuersten Wohnorten in Deutschland und liegt auf Platz 6 der deutschen Städte mit den teuersten Neuvertragsvermietungen.** Deshalb freue ich mich sehr, dass der Bundestag am Donnerstag abschließend, in zweiter und dritter Lesung, über den Gesetzesentwurf von Justizminister Heiko Maas zur Einführung der Mietpreisbremse beraten wird. Das Gesetz könnte damit noch in der ersten Jahreshälfte 2015 in Kraft treten. Konkret geht es in dem Gesetzespaket um drei wichtige Punkte:

„Mietpreisbremse“: Bei Abschluss eines Mietvertrags in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen die Kaltmieten in Zukunft bei einer Wiedervermietung nur höchstens 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete (laut Mietspiegel) liegen. Bei einem Verstoß kann der Mieter diesen rügen und beim Vermieter sein Geld zurück fordern. Welche Gebiete betroffen sein werden, legen die Bundesländer fest.

„Bestellerprinzip“: Bedeutend ist auch die Einführung des Bestellerprinzips im Maklerrecht: Es stellt sicher, dass die Maklercourtage in Zukunft derjenige bezahlt, der den Makler beauftragt hat. In der Mehrzahl der Fälle ist dies der Vermieter, die Position der Mieter wird damit wesentlich gestärkt. Somit gilt auch im Maklerrecht ein simpler Grundsatz des alltäglichen Lebens: „Wer bestellt, der bezahlt.“

„Investitionsförderung“: Neben der Deckelung von Mieten muss die Investitionsbereitschaft für Wohnungsneubau erhalten und weiter gefördert werden. Die Mietpreisbremse gilt daher nicht für Neubauten und Erstvermietungen nach einer umfassenden Modernisierung, die dem finanziellen Aufwand nach etwa ein Drittel der Investition für eine vergleichbare Neubauwohnung erfordert.

Das Gesetz schafft damit einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Mietern und Vermietern. Wohnungen sind keine Ware, sie sind das Zuhause von Menschen. Das Gesetzespaket ist ein großer Erfolg für eine moderne Rechts- und Verbraucherpolitik! Mehr Informationen finden Sie [hier](#).